

Beobachter

Arbeitsintegration

Was ist aus den Flüchtlingen geworden?

Um Flüchtlinge bei uns in der Arbeitswelt zu integrieren, braucht es viel Effort. Eine Zwischenbilanz zwei Jahre nach der grossen Flüchtlingswelle.



Das wurde aus den Flüchtlingen Kaveh Karimi (Iran), Eden Afewerki (Eritrea) und Reza Ostad (Iran) (von li. nach re.), die 2015 eine Arbeit suchten. Bild: Manuel Rickenbacher

VON JESSICA KING UND THOMAS ANGELI

AKTUALISIERT AM 04. JANUAR 2018

Las Fazit war wenig schmeichelhaft. «Die Arbeitsintegration funktioniert mehr schlecht als recht», schrieb der Beobachter im Dezember 2015 in seiner Titelgeschichte **«Sie wollen Arbeit, nicht Sozialhilfe»**. Die Flüchtlingsströme nach Europa hatten gerade einen Höhepunkt erreicht.

In der Schweiz war man nur beschränkt vorbereitet. Es gab zwar einige Integrationsprogramme, doch es fehlte an Jobs, Praktikumsplätzen und Lehrstellen für Flüchtlinge. Und Behörden und Politikerinnen begannen düster zu ahnen, dass hohe Sozialhilfekosten auf die Schweiz zukommen.

Sozialhilfe muss Tieflöhne aufstocken

Tatsächlich zeigen die **neusten Zahlen des Bundes**, dass 85 Prozent aller anerkannten Flüchtlinge und 83 Prozent der vorläufig Aufgenommenen heute Sozialhilfe beziehen. Doch nicht alle von ihnen sind arbeitslos: Jobs für Flüchtlinge gibt es vor allem im Tieflohnsektor. Oft muss die Sozialhilfe da die Einnahmen aufstocken, damit jemand überhaupt davon leben kann. Sieben Jahre lang kommt der Bund für die Sozialhilfekosten von Flüchtlingen auf, danach müssen Kantone und Gemeinden übernehmen. Kein Wunder, klingeln bei ihnen die Alarmglocken.

«Bei den Verlautbarungen sind sich immer alle einig: Flüchtlinge dürfen nicht in die Sozialhilfe abdriften und müssen darum so schnell wie möglich in die Arbeitswelt integriert werden», sagt Stefan Frey, Mediensprecher der Schweizerischen Flüchtlingshilfe.

In der Realität sehe es leider anders aus. «Da wird diese Integration ständig torpediert. Es ist völlig klar, dass Flüchtlinge Kosten verursachen. Die Frage ist nur: Fallen diese Kosten bloss am Anfang für eine berufliche Integration an? Oder nimmt man in Kauf, dass Flüchtlinge ein Leben lang von der Sozialhilfe abhängig sind und so den Staat letztlich viel mehr kosten?»

«Sie wollen Arbeit, nicht Sozialhilfe»

Vor zwei Jahren porträtierte der Beobachter zehn Flüchtlinge, die in die Schweiz gekommen sind.

Nun haben wir fast alle erneut kontaktiert und Erfreuliches erfahren: Die Mehrheit absolviert entweder ein Praktikum oder hat eine Stelle gefunden.

Im Verlauf dieses Artikels finden Sie so etwa die Geschichte von Reza Ostad, der von einem Job als Glasbläser träumte und nur für eine Stelle von Bern nach Bonaduz gezogen ist.

Oder jene von Kaveh Karimi, der nächstes Jahr ein Studium an der ETH beginnen will.



Der markante Anstieg der Flüchtlingszahlen hat auch den Bund aufgerüttelt. «Die wichtigsten Herkunftsländer sind heute Syrien, Afghanistan und Eritrea», sagt Cornelia Lüthy, Vizedirektorin des Staatssekretariats für Migration (SEM). «Diese Flüchtlinge brauchen mehr Unterstützung, um in der Arbeitswelt Fuss zu fassen.»

Sie höre von Gemeinden und Kantonen, dass nun auch vermehrt Leute kämen, die ihr eigenes Alphabet nicht beherrschen. Das sei völlig anders als bei den Flüchtlingen aus dem Balkan Ende der neunziger Jahre, die in der Regel mehrere Jahre zur Schule gegangen waren. «Es wurde klar: In Sachen Integration musste es einen Schub geben. Und den gab es auch.»

Eigentlich bräuchte es deutlich mehr

In den letzten zwei Jahren hat sich tatsächlich einiges getan, zum Teil mit unkompliziertem, undogmatischem Zupacken. Micarna etwa, der Fleischverarbeitungsbetrieb der Migros, schuf mit dem Projekt Maflü bis zu 30 Arbeits- und Integrationsplätze für Flüchtlinge. Im Kanton Aargau kam ein Projekt für eine Vorlehre im Baugewerbe von unerwarteter Seite: Der Badener Unternehmer und SVP-Politiker Daniel Glanzmann startete eine private Initiative unter Gewerblern - aus Sorge, dass Flüchtlinge später dem Staat auf der Tasche liegen. Das vorläufige Resultat: 13 Ausbildungsplätze.

Doch eine Erkenntnis herrscht vor: Eigentlich bräuchte es deutlich mehr. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe etwa forderte bereits vor zwei Jahren 5000 Plätze in Berufseinstiegskursen für Flüchtlinge.

Jetzt macht auch der Bund Nägel mit Köpfen. Administrative Hürden für die Anstellung von Flüchtlingen wurden schon abgeschafft. Neben Sprachförderprogrammen wird das SEM ab 2018 die Integrationsvorlehre einführen, die Flüchtlinge fit machen soll für den Arbeitsmarkt. 54 Millionen Franken nimmt der Bund dafür in die Hand - je 13'000 Franken pro Platz und Jahr für insgesamt 800 bis 1000 Plätze.

Das Projekt erntet nicht überall Lob. «Müssen wir den Flüchtlingen wirklich beibringen, wie man zu arbeiten hat?», fragt die Zürcher SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann. «Oder ist das nicht einfach Geldmacherei der Integrationsindustrie?» Sie findet es als «fast ein wenig rassistisch», dass man glaube, die Flüchtlinge packten es alleine nicht.

«Im Altersheim sind die Gespräche manchmal so spannend, dass ich meine Pausen vergesse.»

Eden Afewerki, 23, Eritreerin mit Ausweis F

Zug ist einer der wenigen Kantone, wo schon seit Mitte 2017 eine Integrationsvorlehre angeboten wird. Eden Afewerki drückt an zwei Tagen die Schulbank und arbeitet drei Tage im Altersheim Neustadt in Zug. «In Eritrea haben wir keine Altersheime», sagt die 23-Jährige. «Wenn jemand zu alt und zu gebrechlich ist, um allein zu leben, zieht er zu seinen Kindern.» Als sie hörte, dass sie ein Praktikum im Altersheim machen konnte, musste sie erst mal fragen, was das ist.

Das Praktikum lief so gut, dass sie 2018 am gleichen Ort eine normale Lehre anfangen kann. Bis dann nutzt sie die Integrationsvorlehre, um den gleichen Anforderungen genügen zu können wie ihre Schweizer Kolleginnen. «Die Vorlehre bringt mich wahnsinnig weiter», sagt Eden Afewerki. «Ich weiss viel mehr über die Schweiz - welche Rolle der Bundesrat hat, was National- und Ständerat tun.»

Die Klasse lernt auch, wie Arbeit in der Schweiz funktioniert, welche Verträge und Regeln gelten, was IV und AHV sind. Afewerki staunt: «In Eritrea funktioniert alles komplett anders.»

Sie ist sich bewusst, dass die Lehre streng wird. Seit drei Jahren ist sie in der Schweiz, spricht sehr gut Deutsch. Beim Schweizerdeutsch haperts noch. Aber auch da hilft ihr die Arbeitserfahrung im Altersheim: «Die Bewohner sind so freundlich! Manchmal sind die Gespräche so spannend, dass ich meine Pausen vergesse.»





Eden Afewerki, 23, Eritreerin mit Ausweis F, macht die Integrationsvorlehre und arbeitet in einem Altersheim. Quelle: Manuel Rickenbacher

«Für die Lehre müssen die Flüchtlinge eine enorme Anpassungsleistung erbringen», sagt die schulische Koordinatorin Bernadette Ammann. «Es ist, wie wenn Schweizer nach China oder Saudi-Arabien gingen, um dort eine Lehre zu beginnen. Mit einer ganz anderen Schrift und einer komplett anderen Art, Prüfungen zu schreiben und Erfolg zu messen.»

Auch die Normen und Werte seien in den Herkunftsländern vieler Flüchtlinge anders. Bei einigen merkt Ammann schnell, dass sie aus einer Diktatur stammen, wo Eigeninitiative nicht erwünscht ist. «In der Schule wurde ihnen nie beigebracht, selbstständig zu handeln. Stattdessen haben sie gelernt, keine Fragen zu stellen und Anweisungen auszuführen», erklärt Ammann. In den Schnupperlehren wirken die Flüchtlinge deshalb passiv, oder es werde ihnen mangelnde Motivation angekreidet. «Dabei wollen sie es ja einfach möglichst gut machen und greifen dafür auf ihre angelernten Verhaltensweisen zurück.» Es brauche Zeit und Vertrauen, sagt Ammann, um die alten Muster zu durchbrechen.

Und es braucht Geld, um Flüchtlinge sprachlich und sozial für den Schweizer Alltag fit zu machen. Heute erhält der Kanton pro Person 6000 Franken Pauschale. Das reiche nirgendwohin, kritisiert die Konferenz der Kantonsregierungen - höchstens für einen kurzen Sprachkurs und eine rudimentäre Arbeitsintegration. Sie fordern 18'000 Franken pro Flüchtling. «Darüber sind wir bereit zu diskutieren», sagt Cornelia Lüthy vom SEM.

Vorzeiekanton Graubünden

Derzeit führt ihr Amt Gespräche mit den Kantonen, wer welchen Teil dieses Betrags übernehmen soll. Wenn der Bund massiv mehr investiert, will er offensichtlich auch mitreden, wie das Geld eingesetzt wird: «Beispielsweise sollen alle Kantone seriös abklären, welches Potenzial die Flüchtlinge mitbringen», sagt Cornelia Lüthy. «So können sie gezielt gefördert werden.» Das SEM lobt auch eine konstante Begleitung der Flüchtlinge - wie sie etwa in Graubünden praktiziert wird.

Der Kanton Graubünden wird oft genannt, wenn es um die berufliche Integration von Flüchtlingen geht. In kaum einem anderen Kanton arbeiten mehr von ihnen. Das hat man auch in Bern bemerkt. An einer Integrationskonferenz bemängelte Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Sommer, dass in einigen Kantonen die Hälfte der Flüchtlinge nach fünf Jahren einen Job haben, in anderen aber nur 15 Prozent. «Zuerst muss man sicherstellen, dass das Geld überall überhaupt effizient eingesetzt wird», sagte sie.

In Chur, umgeben von schneebedeckten Bergen, sitzt Patricia Ganter im Büro. Das Wort «Vorzeiekanton» hört Graubündens Integrationsdelegierte nicht gern. «Wir waren schon früh anders.» Vor neun Jahren gab es noch gar keine Integrationsstrukturen im Kanton - das ganze System musste von null an aufgebaut werden. «Ich war überzeugt, dass wir selber Angebote schaffen müssen, um Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene in den Arbeitsmarkt zu bringen.»

Das Killer-Kriterium ist oft die Sprache

Sie empfand die Angebote des RAV als nicht zielführend. Es sei etwas ganz anderes, einen arbeitslosen Schweizer zu vermitteln, der über Jahre gearbeitet hat, oder aber einen Afghanen, der zwar arbeiten will, aber weder Qualifikationen noch Arbeitszeugnisse hat. So entstand die Idee einer engen Begleitung durch einen Job-Coach. «Das ist wie ein Hausarzt, der den Überblick hat, statt dass man für jedes Problem zum Spezialisten gehen muss», sagt Ganter.

Ein solcher Job-Coach ist Christoph Buschor. Wenn er von den Flüchtlingen erzählt, die er drei bis vier Jahre lang begleitet, klingt seine Stimme warm. Mit ihnen bespricht er vom Anfang bis zum Schluss alle Etappen in den Arbeitsmarkt, er begleitet Praktika und Schnuppertage und dokumentiert sämtliche Fortschritte. Buschors Ziel ist, Leute in Berufe oder Branchen zu vermitteln, mit denen sie vertraut sind oder in denen sie gern arbeiten möchten. Er schätzt, dass etwa ein Viertel die notwendigen schulischen Kompetenzen hat, um in der Schweiz eine Lehre zu absolvieren.

Das Killer-Kriterium, sagt er, ist oft die Sprache. «Wenn jemand als Analphabet hierherkommt, wird er kaum schnell Deutsch lernen. Aber manchmal sind wir dann selber überrascht, dass wir trotzdem eine Stelle finden.» Er erinnert sich an eine Frau, die sprachlich sehr schwach war. Trotzdem konnte sie in der Spitätküche in Chur ein Praktikum machen und leistete dabei so gute Arbeit, dass das Spital ihr eine Festanstellung bot. «Solche Gelegenheiten hätte man gern öfter», sagt Buschor.

«Gleich eine doppelte Konkurrenz»

Graubünden rangiert weit vorn auf der Liste, wenn es um die Arbeitsquote von Flüchtlingen geht. Der Kanton Genf dagegen ist regelmäßig auf einem der hintersten Plätze zu finden. Derzeit arbeiten hier nur gerade 10 Prozent der anerkannten Flüchtlinge und 17,2 Prozent der vorläufig Aufgenommenen. «Wir würden das gern ändern», sagt Staatsrat Mauro Poggia, «aber so einfach ist das nicht.» Das Problem sei, dass es sehr wenige Jobs gebe für Leute mit schlechten Qualifikationen. Genf hat nur wenig Industrie und kaum

Landwirtschaft. Zudem gibt es schon länger eine vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote.

«Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, die Arbeit suchen, müssen deshalb gleich gegen eine doppelte Konkurrenz bestehen», erklärt Poggia. «Gegen die einheimischen Arbeitslosen einerseits und andererseits gegen die zahlreichen Grenzgänger, die täglich von Frankreich her nach Genf zur Arbeit kommen.» Er sieht aber auch mögliche Ansätze für eine Lösung. In gewissen Branchen gebe es Lehrstellen für junge, kräftige Leute, etwa auf dem Bau. Der Sozialdienst, der für unbegleitete minderjährige Asylsuchende zuständig ist, führe darum verschiedene Programme, um die jungen Leute für eine Lehre fit zu machen.

«Das ist eine Investition in die Zukunft», sagt der Regierungsrat. Es ist eine Erkenntnis, die langsam, aber sicher in der ganzen Schweiz reift.

Reza Ostad, Iraner mit Ausweis F



Reza Ostad zog für seinen Traumjob extra nach Bonaduz

GR.Quelle: Manuel Rickenbacher

Der Glasbläser

«An meinem ersten Tag hier bei Hamilton Bonaduz hätte ich vor lauter Freude fliegen können. Sechs Jahre lang durfte ich nicht arbeiten, bis mein Entscheid feststand. Sechs Jahre, in denen ich in Bern vor mich hinlebte. Mit anderen vom Flüchtlingszentrum quatschte. Spazieren oder schwimmen ging.

Das Leben ohne Arbeit fand ich wahnsinnig langweilig und schwierig. Nach dem Asylentscheid – ich wurde vorläufig aufgenommen – habe ich angefangen zu arbeiten. Erst Lieferungen für Restaurants, dann Nachtwache in einem Asylheim.

Ich sagte aber meiner Sozialarbeiterin: «Ich werde alles kündigen und überallhin gehen, egal, wie viele Kilometer, wenn ich wieder Glasbläser sein kann wie im Iran.» Nachdem ein Porträt über mich im Beobachter erschienen war, meldete sich tatsächlich eine Firma. Ich weiss noch genau, wie die Sozialarbeiterin anrief: «Erinnerst du dich an deine Worte? Es gibt eine Stelle, 300 Kilometer weit weg, in Bonaduz.» Ich war überglücklich.

Die Arbeit bei Hamilton ist anders als im Iran. Dort war ich Glasbläser für medizinische Labors, habe Becher und Reagenzgläser und Pipetten geblasen. Bei Hamilton erledige ich viel feinere Arbeit. Kleinste Glaskröpfchen für Sensoren, die alle gleich gross sein müssen. Es braucht viel Konzentration und ruhige Hände.»

Kaveh Karimi, Iraner mit Ausweis B





Kaveh Karimi beginnt dieses Jahr ein Studium an der ETH. Quelle: Manuel Rickenbacher

Der verhinderte Journalist

«Vor zwei Jahren habe ich im Beobachter gesagt, dass ich als Journalist arbeiten möchte. Ich war damals gerade mal vier Monate als Asylbewerber in der Schweiz und sprach kein Wort Deutsch. Mittlerweile befürchte ich allerdings, dass es mit dem Journalismus nichts wird, obwohl ich jetzt anerkannter Flüchtling bin. Denn damit einen die Leute als Journalist ernst nehmen, muss man Schweizerdeutsch können. In den vergangenen zwei Jahren hatte ich sehr viel Zeit für mich, und deshalb kann ich jetzt immerhin Deutsch. Seit dem Herbst besuche ich an der ETH Zürich als Gasthörer Vorlesungen in Geomatik und Planung. Wenn alles gut geht, möchte ich im Herbst 2018 ein ordentliches Studium an der ETH beginnen. Als Flüchtling kann es in der Schweiz ganz schön schwierig sein, einen Job zu finden. Selbst wenn man den Ausweis B besitzt. Seither habe ich

mich bei einem Maler, in einer Gärtnerei und bei einem Hilfswerk beworben. Einmal hiess es, man nehme keine Ausländer, und bei den anderen Jobs wurde Schweizerdeutsch verlangt.»